

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Unterstützung für die Republik Moldau intensivieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Republik Moldau soll – wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind – Mitglied der Europäischen Union werden. Ein Beitritt liegt im politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands. Deshalb unterstützt der Deutsche Bundestag die von den EU-Staats- und Regierungschefs am 23. März 2023 durch den EU-Kandidatenstatus bekräftigte EU-Perspektive der Republik Moldau nachdrücklich. Allerdings ist er der Auffassung, dass die bisher von der Bundesregierung und der EU zur Unterstützung, Entwicklung und Resilienz des Landes ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, sondern intensiviert werden müssen.

Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Republik Moldau. Sie befindet sich seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 in einem permanenten Krisenmodus. Russland hat seine schon vor dem Krieg begonnenen Destabilisierungsmaßnahmen weiter intensiviert und versucht über inneren und äußeren Druck dem Land Schaden zuzufügen. Die moldauische Regierung unter Führung der reformorientierten Partei Aktion und Solidarität (PAS) von Ministerpräsident Dorin Recean wie auch die proeuropäische Präsidentin Maia Sandu sind dem autoritären russischen Regime ein Dorn im Auge. Durch Presseberichte ist bekannt geworden, dass der Kreml beabsichtigt, in drei Etappen bis ins Jahr 2030 hinein prorussische Strömungen in der Moldau zu fördern und gleichzeitig den Weg des Landes Richtung NATO und Europäische Union verhindern zu wollen. Es besteht die konkrete Gefahr, dass Russland seine Ziele im Zuge des laufenden Krieges gegen die Ukraine mit noch größerer Härte und Entschlossenheit verfolgen könnte, um dem eigenen Volk mögliche Erfolge zu präsentieren.

Doch nicht nur indirekte Destabilisierungsmaßnahmen sind eine zunehmende Bedrohung für das mit 2,6 Mio. Einwohnern relativ kleine europäische Land. Chişinău sieht sich zudem einer militärischen Bedrohung durch Russland ausgesetzt. In der von Moldau abtrünnigen Provinz Transnistrien sind russische Soldaten stationiert. Gleichzeitig lagern im ehemaligen sowjetischen Militärlager Cobasna Munitionsbestände, deren Einsatzfähigkeit nur schwer einschätzbar ist. Der Kreml kokettiert immer wieder mit „Sicherheitsrisiken“ für die transnistrischen Separatisten, um eine Begründung für eine militärische Eskalation seitens Russlands vorzubereiten.

Auch die Energiekrise, die nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine Europa erfasst hat, betrifft die Republik Moldau deutlich stärker als andere Länder. War die Republik Moldau zu 100 Prozent von russischen Gaslieferungen und bis zu 80 Prozent von Stromlieferungen eines Gas-Kraftwerks in Transnistrien abhängig, konnte die

Versorgung im letzten Jahr komplett auf europäische Partner umgestellt werden. Die Folge ist eine Vervielfachung der Preise und ein Anstieg der Inflation um bis zu 35 Prozent – höher als in der Ukraine im vergangenen Jahr. Das Land hat angesichts der geopolitischen Gesamtlage zudem mit einer extremen Zurückhaltung ausländischer Investitionen zu kämpfen, auf die es aber infolge der Wirtschaftskrise umso mehr angewiesen ist.

Zu den hybriden Angriffen Russlands auf die Republik Moldau zählen auch mediale Desinformationskampagnen. Ziel russischer Propaganda ist es, dass die Moldauer die eigene Regierung für die steigenden Energiekosten verantwortlich machen, anstatt Russland als Schuldigen anzusehen. Im Geiste der Solidarität und der Wahrung der europäischen Werte unterstützt Moldau aktiv Menschen, die aus der Ukraine fliehen, was für das kleine Land angesichts des automatischen Rechts auf Unterkunft, Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit zusammen mit der zunehmenden Lebensmittelknappheit eine immens große Aufgabe darstellt. So halten sich aktuell rund 80.000 ukrainische Flüchtlinge (davon ungefähr die Hälfte Kinder) in Moldau auf und machen damit etwa 3-4 % der Gesamtbevölkerung aus. Die Erwachsenen stellen 6 % der aktiven Arbeitskräfte und Kinder im schulpflichtigen Alter etwa 9 % der Schülerinnen und Schüler. (<https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Weltweite-Pr%C3%A4senz/Europa/Moldau/>). Auch auf die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge zielt russische Desinformation, um diese zu diskreditieren.

Um die Sicherheit der moldauischen Bürger und die Stabilität des Landes angesichts der skizzierten Herausforderungen und insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024 und der Parlamentswahlen im Jahr 2025 zu gewährleisten, ist die Unterstützung Deutschlands notwendig, auch und gerade, um der Republik Moldau den Weg in die Europäische Union zu ebnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der Bekräftigung des Europäischen Rates vom 23. März 2023 von deutscher Seite Nachdruck zu verleihen, dass die Europäische Union der Republik Moldau weiterhin jede erforderliche Unterstützung zu Teil werden lässt, um die Resilienz, die Sicherheit, die Stabilität und die Wirtschaft des Landes zu stärken sowie sie auf ihrem Weg zum EU-Beitritt zu unterstützen. Die Bundesregierung sollte den EU-Beitritt Moldaus deutlicher als bisher zu einem ihrer außen- und europapolitischen Schwerpunkte machen und angesichts der andauernden Wirtschaftskrise die Tagung der Moldova Support Platform im Oktober 2023 in Chişinău für die Zusage und Organisation weiterer Budgethilfe zu nutzen, damit die pro-europäische Regierung der Republik Moldau handlungsfähig bleibt. Die vom Europäischen Rat zugesagte Makrofinanzhilfe in Höhe von 150 Mio. Euro gilt es auszuweiten;
2. auf europäischer Ebene für eine Intensivierung der Prozesse bei der Heranführung der moldauischen Wirtschaft an den EU-Binnenmarkt und insbesondere für eine schrittweise Öffnung des EU-Marktes für moldauische Produkte und Firmen zu werben. Gleichzeitig, nach Umsetzung aller notwendigen Reformen inklusive im Bereich Rechtsstaatlichkeit, einen Weg zum Beitritt in den EU-Binnenmarkt als erreichbares Ziel für Moldau in Aussicht zu stellen;
3. für Investitionen in der Republik Moldau zu werben und innovative Modelle, wie die Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftszone mit Rumänien, zu fördern. In einer solchen kann moldauischen und rumänischen Arbeitskräften ebenso wie Investoren eine sichere Perspektive geboten werden;

4. die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Republik Moldau aufgrund der fortgesetzten und teilweise intensivierten hybriden Kriegsführung Russlands zu stärken. Dafür benötigt das Land praktische Hilfe aus Deutschland, unter anderem bei der Ausbildung der moldauischen Sicherheitskräfte (polizeilich und militärisch), aber auch in der Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in ihre Sicherheitskräfte und ihre Regierung. Gleiches gilt für die Stärkung im Bereich der Cyberabwehr. Die deutsche Unterstützung muss dabei angesichts der Bedrohungslage über die am 24. April 2023 von der Europäischen Union beschlossene zivile Mission in der Republik Moldau (EUPM Moldova) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) hinausgehen und auch die Frontex-Unterstützung muss personell ausgeweitet werden, wenn dies von den moldauischen Behörden erwünscht ist. Dafür muss auch die Lieferung militärischen und polizeilichen Materials aus deutschen Beständen oder von deutschen Firmen schnellstmöglich geprüft werden. In diesem Zusammenhang sollte Deutschland sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, die Möglichkeit einer Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zu prüfen;
5. die Energiesicherheit und die -unabhängigkeit der Republik Moldau im Energiesektor von Russland weiter zu stärken und die Etablierung alternativer Lieferwege gemeinsam zu forcieren, um vor allem günstigere Energiepreise zu erreichen und damit die aktuell gravierenden sozialen Auswirkungen zu mindern;
6. die Republik Moldau bei der geplanten Justizreform und im Bereich der Korruptionsbekämpfung zu unterstützen. Die ambitionierte Justizreform der Regierung wird gegenwärtig von einem Großteil der Richter und Staatsanwälte im Land boykottiert. Hier benötigt die Regierung zusätzliche Expertise und Rat, denn die Justizreform ist eine entscheidende Grundlage für den EU-Antrag des Landes. Deutschland kann hier mehr Hilfestellung leisten;
7. erforderliche Reformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sozial- und Steuerpolitik mit Expertise zu unterstützen, auch und gerade um das weiterhin starke Problem der armutsbedingten Abwanderung aus dem Land zu minimieren.

Berlin, den 10. Oktober 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

